

RENÉ SCHLECHTER
ORK-Präsident

Die europäischen Regierungen müssen die Kinderrechtskonvention einhalten

51 Prozent der knapp 60 Millionen Menschen, die sich weltweit auf der Flucht oder in flüchtlingsähnlichen Situationen befinden, sind jünger als 18 Jahre, sagt die UNO-Flüchtlingshilfe. 40 Wächter über Kinderrechte aus 33 europäischen Ländern, die das europäische Netzwerk ENOC bilden, haben sich in einer Arbeitsgruppe mit dem Problem befasst und sich in einer gemeinsamen Erklärung an die europäischen Regierungen gewandt. Darunter auch das Luxemburger „Ombuds-Comité fir d'Rechter vum Kand“ (ORK). Denn die Erfahrungen und Erlebnisse, die Kinder im Krieg und auf der Flucht machen, hinterlassen in ihrer Seele tiefe Verletzungen. Angstzustände, Depressionen, Schlafstörungen sowie jahrelange psychosomatische Leiden sind die Folgen und können die Entwicklung eines Kindes nachhaltig beeinträchtigen.

„Wir sind tief beunruhigt über die kritische Situation Tausender Flüchtlingskinder. Europa muss darüber wachen, dass alle geflüchteten Kinder, die auf unserem Kontinent ankommen in physischer und juristischer Sicherheit leben können. Sie müssen die Bildung und die Gesundheitsversorgung erfahren, auf die sie ein

Recht haben. Die europäischen Regierungen müssen die Rechte dieser vulnerablen Kinder respektieren. Denn diese Kinder haben traumatische Dinge erlebt und viele unter ihnen wurden oder können Opfer von Gewalt und Menschenhandel werden.

Schon vor zwei Jahren haben wir in einer Erklärung darauf hingewiesen, dass diese Kinder Gewalt erfahren, Objekte von Menschenhandel sind, Traumata erleben oder den Tod finden. Die derzeitige Situation unterstreicht die dringende Notwendigkeit eines direkten Handelns der europäischen Regierungen: Wir mahnen ausdrücklich an, dass die Regierungen dafür sorgen, dass die Kinder auf der Flucht nicht noch weiteren Traumata ausgesetzt sind durch gewaltsames Verhalten ihnen gegenüber, wo sie doch gerade Schutz und Sicherheit in Europa suchen. Wir betonen und unterstreichen den Stellenwert der gemeinsamen Verantwortung der europäischen Staaten, den Schutz und das Wohlbefinden aller Kinder abzusichern.

Unsere Arbeitsgruppe wird die Aktionen der Regierungen überwachen, um sich davon zu überzeugen, dass sie die Rechte von Kindern auf der Flucht respektieren. Denn alle europäischen Länder haben die UN-Kinderrechtskonvention unterzeichnet, die besagt, dass jedes Kind Recht auf den Schutz vor Gewalt, auf eine Unterbringung, auf die bestmögliche medizinische Versorgung und auf Bildung hat. Alle innerhalb der Grenzen Europas lebenden Kindern müssen von diesen Rechten Gebrauch machen können.“

„Kinder auf der Flucht dürfen nicht noch mehr Traumata erleben, wo sie hier doch Schutz suchen“

